

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Hilmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Heidmarie Wiczorek-Zeul
MdB fordert eine neue
energiepolitische Initiative
der EG: Den EURATOM-
Vertrag überarbeiten.

Seite 1

Jannis Sakellariou MdEP
zieht Lehren aus den Erhe-
bungen der Militärs in Grie-
chenland und Argentinien:
Putsch und Rebellion.

Seite 2

Heiko Schultz MdL kom-
mentiert den Umgang mit
dem Aids-Problem an bayeri-
schen Schulen: Nur ein
Randthema für überlastete
Lehrer.

Seite 4

Dokumentation
SPD-Präsidiumsmitglied Er-
hard Eppler sprach zu den
Teilnehmern des Ostermar-
sches. Wir dokumentie-
ren sein Plädoyer für eine
neue Sicherheit im Wort-
laut: Gorbatschows Vor-
schläge ausloten.

Seite 5

42. Jahrgang / 75

21. April 1987

Den EURATOM-Vertrag überarbeiten

Aus Tschernobyl müssen endlich Konsequenzen gezogen werden

Von Heidmarie Wiczorek-Zeul MdB
Mitglied des SPD-Präsidiums

Eine neue energiepolitische Initiative für die Europäische Ge-
meinschaft ist erforderlich. Ein Jahr nach der Katastrophe in
Tschernobyl haben die Mitgliedstaaten immer noch keinen ge-
meinsamen Weg aus der Katastrophenpolitik gefunden. Ich
schlage deshalb eine Initiative der sozialdemokratisch regierten
Länder im Bundesrat vor, da von der Bundesregierung nichts zu
erwarten ist. Eine solche Initiative müßte folgende Ziele haben:

- Streichung des Ziels der Nutzung und Förderung von Atom-
energie aus dem EURATOM-Vertrag;
- für die Mitgliedstaaten, die noch nicht aussteigen wollten,
müssen einheitlich hohe Sicherheitsnormen festgeschrie-
ben werden;
- der Export von Atomkraftwerken muß verboten werden;
- Gesundheitsschutz, Sicherheitsbestimmungen müssen end-
lich angewandt beziehungsweise ausgebaut werden, solange
die Atomkraftwerke noch laufen.

Darüber hinaus müssen endlich wie auch in anderen Industrie-
zweigen Gemeinschaftsnormen für Grenzwerte radioaktiver
Emissionen von Atomanlagen festgelegt werden.

Gleichzeitig ist es notwendig, eine nicht-nukleare Energiestrategie und Maßnahmen zur Energieeinsparung zu entwickeln. Energiesparen findet im wesentlichen über den Preis statt. Deshalb setze ich mich für eine Energieimportabgabe ein. Auf diese Weise könnten hunderttausende neuer Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Bundesregierung ist aufgefordert, endlich einen aktiven Beitrag zum Energiesparen und zur Förderung alternativer Energien zu leisten.

(-/21.4.1987/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kreislauf-Umgang
mit recycelten Rohstoffen
Recycling-Papier



Putsch und Rebellion

Lehren aus den Erhebungen der Militärs in Griechenland und Argentinien

Von Jannis Sakellariou MdEP

Am 21. April 1967 fand in Griechenland der Putsch der Obristen statt, der die demokratische Regierung stürzte und dem Land unter den Vorzeichen des „Antikommunismus“ und von „Sicherheit und Ordnung“ sechs Jahre blutiger Diktatur aufzwang. Erst der von der Militärdiktatur angezettelte Zypern-Konflikt brachte die Rückkehr der Demokratie.

Fast auf den Tag genau 20 Jahre später rebellierten in Argentinien wiederum Militärs gegen ihre demokratische Regierung. Ihre Empörung galt der Tatsache, daß das demokratische Regime immer noch keinen Schlußstrich unter die gerichtliche Verfolgung derjenigen Militärs gezogen hat, die sich während der Zeit der dortigen Militärdiktatur schwerster Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht haben. Auch hier waren übrigens die Militärs über einen militärischen Konflikt, diesmal um die Falklandinseln (Malediven), gestürzt.

Ich will keine weiteren Parallelen aus den Geschehnissen ziehen. Aber es zwingen sich allgemeine Lehren auf.

In Griechenland erlebten die Demokraten die Machtübernahme durch die Militärs mit Entsetzen, weil die Bevölkerung keinen Widerstand gegen den Putsch leistete. Anders vergangene Woche in Argentinien: Hunderttausende demonstrierten für die Demokratie, stärkten ihrem Präsidenten den Rücken und hätten wohl „die Sache selbst in die Hand genommen“, wenn sich bei einer weiteren Zuspitzung die argentinischen Einheiten dem Befehl des Präsidenten entzogen und nach dem Motto „Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr“ der Wiederherstellung der Ordnung gegenüber ihren Kameraden verweigert hätten.

Für mich ergibt sich daraus eine Konsequenz: Es genügt nicht, nur einfach Demokratie zu veranstalten und zum passiven Genuß anzubieten - Demokratie muß gelebt werden, Demokratie muß



im Volk verankert werden, damit sie von ihm gestützt und verteidigt wird, Demokratie muß also ein unverzichtbarer Bestandteil des Gemeinschafts-Lebens sein.

Es gibt noch Unterschiede zwischen den Ereignissen damals in Griechenland und jetzt in Argentinien. Die Weltöffentlichkeit schwieg vor 20 Jahren gegenüber den Ereignissen in Athen - die NATO war ja nicht gefährdet; die Erhebung in Argentinien wurde sofort mit wacher Sorge registriert und es fehlte nicht an internationalen Solidaritäts-Adressen für Präsident Alfonsín.

Die Demokratie in Argentinien hat also ihre Nagelprobe großartig bestanden. In Griechenland wurde die „Reifeprüfung“ bereits mit dem Wechsel der Regierungsmehrheit zur PASOK abgelegt, weil damit deutlich wurde, daß der demokratische Wechsel möglich ist. Andreas Papandreu hat im übrigen auch dafür gesorgt, daß Griechenland inzwischen international größere Anerkennung genießt. Dies gilt für sein Engagement in der EG, aber auch für seine Abrüstungsinitiativen.

Damit können wir jedoch nicht zur Tagesordnung übergehen. Militär-Staatsstrieche sind kein Kavaliersdelikt. Griechenland hat daraus die Konsequenz gezogen und die Verantwortlichen für die Ereignisse von 1967 zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Dort werden sie auch bleiben. Als Mahnung für eventuelle Nachahmungstäter.

Die Gefahr, daß Rechtsradikale und Militärs putschen besteht immer - nicht nur in Argentinien oder vor 20 Jahren in Griechenland. Das Volk von Chile leidet immer noch unter Pinochet. Und die Türkei hat immer noch nicht die volle Rückkehr zur Demokratie und Wiederherstellung der Menschen- und Bürgerrrechte vollzogen. Deshalb war es richtig und wichtig, daß sich die Europäische Gemeinschaft in ihren Organen immer wieder deutlich gegen die Gefahren des Faschismus ausgesprochen hat.

Die Gemeinsame Erklärung von Europäischem Parlament, Kommission und Ministerrat zu den Gefahren durch den Rassismus und Faschismus in Europa war eine notwendige Mahnung. Wir werden weiter darüber zu wachen haben, daß dem Jahrhundert der Diktatoren endlich das Zeitalter der Verwirklichung der Menschenrechte und der Demokratie folgt. (-/21.4.1987/rs/ks)



Aids an bayerischen Schulen nur ein Randthema

Die Biologie-Lehrer sind hoffnungslos überlastet

Von Heiko Schultz MdL

Selbstverständlich sind die Biologielehrer an den bayerischen Schulen gerne bereit, ihre Schüler über Aids aufzuklären. Zumal sie zweifellos in den naturkundlichen Sachfragen kompetent sind. Nur, wann sie dies machen sollen angesichts nur weniger Stunden, eines übervollen Lehrplanes und zahlreicher „Sonderaufgaben“, diese Frage ist vorläufig nicht beantwortet.

Die Biologielehrer an den Gymnasien und Realschulen fühlen sich zu Recht überfordert. An Gymnasien müssen sie beispielsweise neben ihrem Fachunterricht auch die Gesundheits- und Hygieneerziehung sowie die Familien- und Sexualerziehung übernehmen. Sie sind Ansprechpartner bei Drogen-, Alkohol- und Arzneimittelmißbrauch. Sie sind kompetente Partner, wenn es um die biologischen Auswirkungen des Reaktorunglücks in Tschernobyl geht oder um das „Waldsterben“. Zu all diesen Nebenaufgaben kommt jetzt auch noch die Aids-Aufklärung.

Dem gegenüber steht ein Abbau der Bedeutung des Biologie-Unterrichts in der Schule, der sich vor allem in rückläufigen Stundenzahlen ausdrückt. Derzeit werden je zwei Wochenstunden Biologie in der 5., 6., 7., 9. und 10. Klasse gegeben. In der 8. Klasse ist es eine Stunde. In der elften Klasse: Fehlanzeige! In der Kollegstufe wählen die Schüler frei.

Dabei läßt die große Stofffülle des Biologieunterrichts, so die Lehrer, kaum einen Freiraum für diese Themen, die so „nebenbei“ erledigt werden sollen. Ganz zu schweigen davon, daß die Lehrer in den großen Klassen ständig den Noten hinterherlaufen. Weil keine Schulaufgaben geschrieben werden, muß er sich von jedem Schüler einzeln - und das in Klassen über 25, ja bis zu 35 Schülern - ein Notenbild besorgen.

Die Biologielehrer bemängeln aber auch, daß ihnen kaum Informationsmaterial zur Verfügung gestellt wird, daß Informationsveranstaltungen der Schulbezirke über Aids am fehlenden Geld scheitern und daß den Lehrern generell die Rückendeckung aus dem Ministerium fehlt. So bemängelte ein Biologielehrer, daß das Thema „Aids“ zwar im „Schulreport“ vom März 1987 auf vier Seiten behandelt und die besondere Bedeutung des Biologieunterrichts bei der Aids-Aufklärung herausgestellt wird, die Informationen aber weit hinter der Qualität und dem Umfang der Darstellungen in der Tagespresse zurückbleiben.

(-/21.4.1987/rs/ks)



DOKUMENTATION**Erhard Eppler: Gorbatschows Vorschläge ausloten**

SPD-Präsidiumsmitglied Erhard Eppler sprach zu den Teilnehmern des Ostermarsches. Wir dokumentieren sein Plädoyer für eine neue Sicherheit im Wortlaut.

„Die Friedensbewegung ist nicht um ihrer selbst willen da. Die Friedensbewegung gibt es, weil sie eine Botschaft hat. Diese Botschaft nimmt ihren Lauf; sie läßt sich in sieben Thesen zusammenfassen:

1. Spätestens in unserer Zeit, im Atomzeitalter, läßt sich Sicherheit nicht mehr errüsten. Wer droht, wird noch mehr bedroht. Wer sich ganz sicher rüsten will, wird ganz unsicher. Wer unverwundbar werden, wie Siegfried im Drachenblut baden will, dem wird mehr als ein Lindenblatt auf die Schulter fallen.
2. Wer weniger bedroht werden will, muß weniger bedrohen. Es ist besser, Risiken der Abrüstung einzugehen, als das Risiko des Weiterrüstens. Deshalb können auch selbständige einseitige Schritte richtig sein.
3. Wenn Sicherheit nicht mehr gegen den anderen errüstet werden kann, muß sie mit ihm im Dialog gesucht werden. Dieser Dialog kann nur gelingen, wenn Feindbilder so systematisch abgebaut werden, wie sie systematisch aufgebaut worden sind.
4. Der Friede, den wir brauchen und den wir wollen, hat mit Gerechtigkeit zu tun. Jedes Schrittchen hin zu mehr Gerechtigkeit ist ein Schrittchen zu mehr Frieden. Was immer wir für den Frieden tun, öffnet Chancen für etwas mehr Gerechtigkeit.
5. Deshalb dürfen die Völker des Südens nicht als Schachfiguren im Ost-West-Konflikt mißbraucht werden. Die Not des Südens hat Priorität vor den Ängsten in Ost und West. Das Wettrüsten zwischen Ost und West ist ein Verbrechen an den Hungernden im Süden.
6. Nur im Frieden läßt sich die Schöpfung bewahren. Ein rücksichtsvollerer Umgang mit der Schöpfung weckt Kräfte des Friedens. Friede mit der Natur schützt den Frieden zwischen den Menschen.
7. Wenn ohne Frieden alles nichts ist, darf er weder den Militärs, noch den Technokraten noch den politischen Taktikern überlassen werden. Die Friedensbotschaft muß von unten, von der Basis ausgehen, muß das Bewußtsein der Mehrheit verändern.

Wer den Erfolg der Friedensbewegung abschätzen will, muß die Wirkungen dieser Botschaft verfolgen. Und diese Wirkungen sind stärker, als uns oft bewußt ist. Sie müssen nicht unbedingt in dem Land am größten sein, das die lebendigste Friedensbewegung hatte und hat. Das gilt vor allem für diese Republik. Aber daß Frieden und Sicherheit zwei Paar Stiefel sind, ist inzwischen in die Medien eingedrungen. Daß atomare Abschreckung auf Dauer keinen Frieden schaffen kann, wird sogar auf der politischen Rechten nicht mehr bestritten. Ich habe es erlebt, wie sich das neue Denken der Friedensbewegung in den Führungsgremien einer großen Partei von Jahr zu Jahr, von Monat zu Monat deutlicher durchgesetzt hat.

Der Ausschuß „Kirche und Gesellschaft beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR“ hat jetzt die Beschlüsse von DDR-Synoden zum Thema Frieden verglichen mit dem, was in der Sowjetunion und in der DDR seit gut zwei Jahren unter dem Stichwort „Neues Denken“ läuft. Dabei kamen frappierende Ähnlichkeiten und Übereinstimmungen zu Tage, vor allem, was die ersten drei Hauptthesen



der Friedensbewegung angeht: Daß Sicherheit sich nicht mehr errüsten läßt, daß die Sicherheitsstrategen immer mehr Unsicherheit produzieren und daß Friede und Sicherheit nur noch miteinander zu finden sind.

Man mag jenem neuen Denken mißtrauen, es als Propaganda verdächtigen. Aber wer da seine Zweifel hat, muß die Vorschläge Gorbatschows testen, auf die Probe stellen, ausloten. Stellt diesen erstaunlichen Mann, dann werdet ihr sehen, ob er sich stellt. Wer bei jedem neuen Vorschlag neue Einwände erfindet, wird sich sehr bald in der Ecke des Nein-Sagers wiederfinden. Nur wer jetzt noch zu dem steht, was er selbst immer verlangt hat, kann der Lächerlichkeit entgehen. Noch vor wenigen Monaten haben wir Gorbatschow dafür getadelt, daß er die Mittelstreckenraketen in einen Zusammenhang brachte mit SDI. Wir haben ihn aufgefordert, dieses Paket aufzuschnüren, also über Mittelstreckenwaffen gesondert zu verhandeln. In dem Augenblick, wo er dies dann tat, wurden bei uns immer neue Pakete geschnürt: die Kurzstreckenraketen gehörten dazu, hieß es. Nachdem Gorbatschow auch dies zugestanden hat, sagen die Bremser jetzt: aber auch die konventionelle Abrüstung muß dazu. Und so wird etwas geschnürt, was schon kein Paket mehr ist, sondern eher eine Containerladung. Wer da die Absicht nicht wittert, dem ist nicht zu helfen. Wer nach der Devise verfährt: ‚Zustimmen, wenn und solange Ablehnung gesichert. Ablehnen, wenn die Gefahr der Einigung besteht‘, wird damit sogar in Deutschland nicht auf Dauer durchkommen.

Als ich vor 35 Jahren an der Seite Gustav Heinemanns in der ersten deutschen Friedensbewegung tätig war, wurde von den Freunden der Wiederaufrüstung immer wieder unser Landsmann Friedrich Schiller bemüht: ‚Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.‘ Wie wir uns schon wenige Jahre nach dem letzten Krieg an die Frömmsten halten konnten, ist heute wohl noch weniger erfindlich als damals. Wenn Schillersentenzen heute nicht mehr Mode sind, dann hat das wohl damit zu tun, daß wir an beidem zu zweifeln beginnen: Ob der Nachbar wirklich so böse ist, und ob wir selbst wirklich die Frömmsten sind.

Wer vierzig Jahre lang mit und von einem Feindbild gelebt hat, wird seltsam unsicher, wenn das Feindbild nicht mehr stimmt. Es gibt Politiker, die nicht ohne Erschrecken ihre Feindbilder entschwinden sehen und fürchten müssen, daß damit auch ihre Selbstgefälligkeit peinlich werden könnte. Vielleicht hätte Schiller heute gedichtet: ‚Es kann der Frömmster keinen Frieden geben, solange des bösen Nachbarn er bedarf.‘

Wer den Erfolg der Friedensbewegung mißt an der Teilnehmerzahl von Kundgebungen, trifft nur einen kleinen Teil der Realität. Was die Friedensbewegung angestoßen hat, ist heute, viel früher als wir erwartet haben, Gegenstand des weltpolitischen Disputs. Daß das neue Denken nicht von unserer Regierung in die weltpolitische Arena eingebracht wurde, mag uns als Bürgerinnen und Bürger dieser Republik beschämen. Entmutigen kann es uns nicht.

Wir bleiben bei unserer Botschaft. Sie ist richtig, sie bewährt sich. Und sie erweist sich als einzig realistische. Wenn wir nicht nachlassen, wird sie eines Tages auch das Kanzleramt erreichen. Dann wird von Deutschland nicht nur Friedensgerede, sondern Frieden ausgehen.“ (-/21.4.1987/rs/ks)

* * *